



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

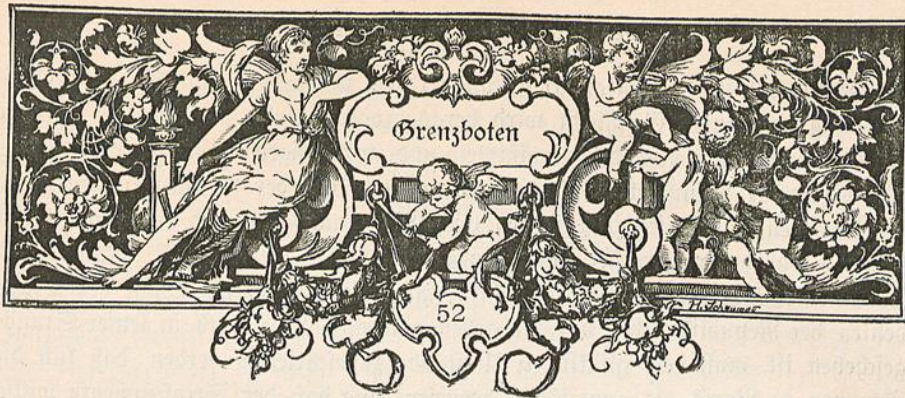
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Die politische Lage am Jahresschlusse.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Die politische Lage am Jahreschlusse.



Es ist ein charakteristisches Zeichen für die äußere politische Lage Europas, daß dieser Bericht, welcher vierzehn Tage vor seiner Veröffentlichung geschrieben wird, möglicherweise zur Zeit seines Erscheinens überholt ist. Denn die Frage, ob Krieg oder Frieden, ist im wesentlichen abhängig von der „unchristlichen Neigung benachbarter Völker zum kriegerischen Überfall,“ wie es in der Thronrede des Kaisers heißt. Trotz aller Humanitätsideen, von welchen unsre Zeit überfließt, trotz aller Freunde des Friedens und ihrer Bestrebungen ist jene Neigung das unzerstörbare Merkmal unsrer Zeit geworden. Zwei mächtige Völker im Westen und im Osten des deutschen Reiches, so verschieden durch ihre Stammeseigentümlichkeiten, ihre Geschichte, ihre Gesittung und ihre Bildung, begegnen sich in dieser „unchristlichen Neigung“ und bedrohen fortwährend den europäischen Frieden. Franzosen und Russen wollen erobern, wollen aus unerquicklichen innern Zuständen heraus sich retten, und glauben nur noch Abhilfe in der ultima ratio, den Kanonen, finden zu können. Es ist außerordentlich lehrreich, wie sich in dieser Beziehung die Maßlosigkeit der Republik mit der Starrheit des Selbstherrschertums begegnet. Die Franzosen haben es schon so oft erfahren, daß eine Änderung ihrer Verfassung nicht auch eine größere Zufriedenheit nach sich zieht. Die Republik, welche ihnen der deutsche Sieg in den Schoß warf, ist zum Tummelplatz der Parteien geworden, von denen jede nach dem Grundsatz: „Dem Sieger die Beute“ die andre zu verdrängen sucht. Daher kommen die vielfachen Verschiebungen der Mehrheit des Parlaments, die vielfach wechselnden Ministerien und die dauernde Unstetigkeit der Verhältnisse. Der Schwerpunkt der Regierung gleitet immer mehr nach der abschüssigen linken

Seite; überall ist die Autorität erschüttert; ein unbändiges, an keine Zucht und Ordnung gewöhntes Geschlecht wird herangezogen, und die Schreier auf der Straße sind es, welche die gemäßigten und anständigen Elemente verdrängen. Die Grevy'sche Ministerkrisis hat ein trauriges Bild der Verhältnisse enthüllt; die herrschenden Klassen, angefressen von Gier nach Geld und Gut, um selbst das Amt in verbrecherischer Weise auszubeuten, das niedere Volk zuchtlos und zu Gewaltthätigkeiten geneigt. Man konnte zweifeln, ob die Wahl des Präsidenten der Republik ruhig vor sich gehen würde; daß es noch in letzter Stunde geschehen ist, muß dem glücklichen Umstande zugeschrieben werden, daß sich die Truppen in Paris als zuverlässig bewiesen, und daß der Straßenmeute willig ein Opfer gebracht wurde. Ohne das Wutgeschrei der Radikalen und ohne die Drohungen der Anarchisten würde Jules Ferry, der fähigste Mann der dritten Republik, gewählt worden sein. Soweit erstreckt sich schon der Einfluß des Pariser Straßenpöbels auf die Geschicke Frankreichs.

Daß diese Zustände ungünstig auf Handel und Industrie wirken, bedarf keiner Ausführung; die Militär- und Steuerlast wird unerschwinglich, und selbst der friedliebende Teil der Bevölkerung fürchtet schon nicht mehr in dem Maße den Krieg wie früher. Und dieser Teil fällt für die politische Entscheidung gar nicht ins Gewicht; denn Krieg mit Deutschland wollen die französischen Parteien sämtlich, Republikaner wie Monarchisten und Anarchisten. Soweit es sich um Rache für die erlittene Niederlage und um Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen handelt, hört in Frankreich jeder Parteiunterschied auf, und dieser — wenn auch nach falscher Richtung hinneigende — Patriotismus ist ein kräftiges Band, welches Frankreich zusammenhält und den Neid der Nachbarvölker wachzurufen geeignet ist. Der französische Legitimist, der sich kein Gewissen daraus machen würde, den Bürgerkrieg heraufzubeschwören — wenn Aussicht vorhanden wäre, die Republik zu vernichten —, er würde sich nicht einen Augenblick besinnen, sich unter die Fahne des verhafteten Generals Boulanger zu stellen. Der Anarchist, welcher täglich das Bürgertum bedroht und es durch die Aussicht auf gewaltsamen Umsturz einschüchtert, er schmäht Deutschland als den Nationalfeind. Während der deutsche Sozialdemokrat sich mit seiner vaterlandslosen Gesinnung brüstet, der Abgeordnete Bebel nicht ansteht, von der Tribüne des Reichstages herab alles zu thun, was dem deutschen Reiche auch dem Auslande gegenüber Schaden kann, ruft der Pariser Sozialrevolutionäre: „Nieder mit Preußen, es lebe Rußland.“ Die Parteien wollen alle den Krieg und wollen Elsaß-Lothringen, auch die Opportunisten, welche den Frieden im Munde führen, wollen ihn; nur über die Frage des Beginnes besteht eine Verschiedenheit der Auffassung. Der rote Teil der Republikaner ist zu einem Losschlagen, schlimmstenfalls auch ohne Bündnis, geneigt, er hat größere Zuversicht in die Tüchtigkeit seiner republikanischen Generale und der Armee. Die gemäßigtere Richtung will ganz sicher gehen; sie will den Krieg, nur wenn über den für

Frankreich glücklichen Ausgang kein Zweifel besteht. Die Opportunisten wissen, daß ein glücklicher Krieg ihnen die Republik auf eine unabsehbare Zeit ausliefert, daß sie dann der Radikalen ebenso Meister werden wie der Monarchisten, sie wissen aber auch, daß eine Niederlage sie von der Bildfläche hinweg fegt — sei es mit Besen oder mit Guillotine —, gleichviel, ob die militärische Niederwerfung eine Wiedererrichtung der Monarchie oder der Kommune nach sich zieht. Je nachdem also in Frankreich ein radikales oder ein mehr opportunistisches Ministerium an der Spitze steht, ist ein Krieg mit uns in mehr oder weniger naher Aussicht. Die innern Verhältnisse Frankreichs lassen aber weder einen Schluß zu, welche Richtung zur Gewalt gelangen wird, noch geben sie die Sicherheit, ob sich diese Richtung lange an der Gewalt erhalten wird. Von französischer Seite ist die Bedrohung dauernd, und nur der wirkliche Ausbruch des Krieges ungewiß.

Was Rußland anlangt, so hat sich hier seit kurzer Zeit ein Wechsel vollzogen, an den auch heute noch viele nicht glauben wollen, weil sie vergeblich einen verständigen Grund dafür suchen. Denn die deutsch-russische Freundschaft, ein jahrhundertlanges Erbstück der beiden Völker, schien selbstverständlich; von Deutschland aus hat Rußland seine Zivilisation und seine Herrscher empfangen, mit Preußen hat es jahrelang denselben Feind bekämpft, dasselbe Waffenglück ertragen und sich derselben Siege erfreut. Wirtschaftlich war der Verkehr der beiderseitigen Volksgenossen so innig, daß leider Rußland auch seine Finanznot mit deutschem Gelde beseitigte und seine Kriege mit deutschen Anlehen führte.

So ist es auch geblieben bis zum Tode des Zaren Alexander II. Erst von da an vollzieht sich ein Wandel, den man wegen des Zeitpunktes seines Beginnes auf den gegenwärtigen Zaren zurückführen zu müssen glaubt. Alexander III. gelangte in einem schweren Augenblicke zur Regierung; überall von gefährlichen Verschwörern umgeben und weder auf der Straße noch im Palast seines Lebens sicher, glaubte er eine Stütze des Thrones in dem Alt-russentum zu finden. Dieses ist panslawistisch; ihm schwebt als höchstes Ideal ein großes Slawenreich vor, welches den Pontus Euxinus wie das Mittelmeer, den Ganges wie die Donau beherrscht. Gegenüber solchen Zielen sind Fragen der innern Politik gleichgiltig; der russische Bauer mit seinem phantastischen Hang zum Mystizismus ist den panslawistischen Gedanken zugänglich. Der russische Thron gewann zuerst durch diese Richtung eine neue Kraft, die es ihm möglich machte, fortzubestehen, aber er beschwor zugleich Geister mit herauf, deren Bundesgenossenschaft immer gefährlicher wird. Denn die panslawistische Bewegung ist nicht mehr rein, sie ist vielmehr durch nihilistische und revolutionäre Ziele beeinflusst. Der beste Beweis hierfür ist die Freundschaft zwischen den Führern des Panslawismus in St. Petersburg und den radikalen Häuptern in Paris. Die russische Aristokratie, welche das panslawistische Wappenschild trägt, ist durch und durch von revolutionären und demokratischen Gedanken zerfressen,

das russische Beamtentum, welches zum Kriege hegt, thut dies im Interesse nihilistischer Grundsätze, zu denen es sich bekennt. Darf ein früherer Botschaftssekretär eine Geschichte Rußlands schreiben, in welcher das Herrschergeschlecht seines Ursprungs wegen als antinational bezeichnet wird, und darf ein russischer Unterrichtsminister ein solches Buch in Gymnasien und höhern Schulen einführen, so ist dies ein Merkzeichen für das Zusammenwirken der zerstörenden Kräfte an den höchsten Stellen. Diesem Zusammenwirken ist es gelungen, im Volke eine kriegerische Stimmung hervorzurufen, indem alle schlechten Eigenschaften des Menschen zum Haß gegen die Deutschen benutzt wurden. Denn vom Kriege hoffen die panslawistisch-nihilistischen Elemente nicht mehr in erster Linie die Ausbreitung des heiligen Rußlands, sondern die Revolution und die Verfassungsänderung. Man darf nun zwar nicht vergessen, daß der Kaiser noch die Macht in den Händen hat, aber er wird so stark von diesem kriegsbedürftigen Elemente umringt, daß er bald wird mit der Flut schwimmen müssen. So hängt es auch bei Rußland von ganz unberechenbaren Umständen ab, ob es zum Kriege gedrängt, oder der Frieden erhalten bleiben soll. Man braucht nicht notwendigerweise an ein französisch-russisches Bündnis zu denken, wenn es zum Kriege kommen soll. So weit wird sich Zar Alexander III. nie vergessen, um mit den französischen Radikalen Waffenbrüderschaft einzugehen. Aber so weit braucht die Freundschaft gar nicht zu reichen. Sind die Franzosen sicher, daß, wenn sie los schlagen, auch Rußland das Schwert aus der Scheide zieht, so beginnt der Krieg. Oder glaubt der Zar, daß, wenn er mit Österreich beschäftigt ist, Frankreich auf Deutschland losstürzen wird, dann ist wiederum auf den Beginn des Krieges zu rechnen. Wir müssen uns mit der betrübenden Thatsache zufrieden geben, daß wir zwei Nachbarn haben, welche die „unchristliche Neigung zu Überfällen“ besitzen, und es ist gut, bei Zeiten mit dem Gedanken sich vertraut zu machen: *Ἡκεῖ δωρίαιος πόλεμος.*

Dieser „unchristlichen Neigung“ gegenüber steht ein festes Friedensbündnis dreier achtunggebietenden Mächte. Was zur Zeit des deutschen Bundes abgeschlossen war, daß Preußen für die nichtdeutschen Provinzen Österreichs eintreten würde, hat sich zur Zeit des deutschen Reiches verwirklicht. Der Bestand Österreichs ist für das europäische Gleichgewicht erforderlich, und deshalb muß Deutschland jeden Angriff auf Österreich-Ungarn als einen casus belli betrachten. Umgekehrt weiß die habsburgische Monarchie, daß die Niederwerfung des deutschen Reiches gleichbedeutend ist mit dem eigenen Zerfall und dem Verluste der besten Teile an Rußland. Ebenso ist Italien davon durchdrungen, daß ein übermächtiges Frankreich die Integrität des jungen Königreichs in Frage stellt und ein unbefiegbares Rußland das Mittelmeer zu einem russischen See macht. Alle drei Mächte haben ein dringendes Friedensbedürfnis, auch in Italien will der besonnene Politiker von dem Irredentismus nichts wissen,

sondern die innere und äußere Macht des Landes zur Sicherheit der schwer errungenen Einheit stärken. Die Siege Frankreichs hat Italien zu fürchten, von den Siegen Deutschlands hat es eine Vergrößerung seiner Grenzen und seines überseeischen Einflusses zu erwarten. Würde Besonnenheit die Welt regieren, so müßte das Bündnis der drei Mächte den Frieden für immer sichern. Allein die Weisheit, mit welcher die Welt behandelt wird, ist, wie schon Axel Degenstierna meinte, nicht weit her, und bei einer „Neigung zu Überfällen“ ist sie gewiß in nicht hohem Grade vorhanden. Mehr konnte der Reichskanzler nicht thun, als ein Friedensbündnis dreier Großmächte schaffen, dafür kann er nicht einstephen, daß auch die Gegner des Friedens sich durch dieses Bündnis vom Krieg abhalten lassen. Und diese Gegner sind recht zahlreich, dahin gehören die Dänen mit ihrem orleanistisch-welfischen Anhang, dahin gehören auch die Jesuiten, denen nach einem bekannten Ausspruch „nur die Revolution helfen kann,“ dahin gehören die Sozialdemokraten und sonstige Revolutionäre jeder Richtung. Dänemark hat zuerst die Spione gegen Deutschland großgezogen und im französischen Interesse verwendet; in Dänemark findet die welfische Propaganda ihre Unterstützung, die orleanistische Gegenrevolution eine Anlehnung, und die bekannten diplomatischen, zur Täuschung des Faren bestimmten Fälschungen sollen zum Teil den Weg über Kopenhagen gefunden haben. Den Jesuiten mißfällt das Friedensbündnis, weil sie in starken Staaten nicht mehr zur Herrschaft gelangen können und das protestantische deutsche Reich das Haupthindernis derselben abgiebt. Deshalb sind jetzt die Jesuiten auf allen Seiten thätig, um die Volksmassen zu Kundgebungen für die weltliche Herrschaft des Papsttums zu erregen. Hierdurch glauben sie am besten das Bündnis zwischen Berlin, Wien und Rom erschüttern und Italien in die Arme Frankreichs, d. h. der Revolution, treiben zu können. Diese ist ihr Ziel, und dies Ziel zu erreichen, sind ihnen alle Mittel recht. Die Sozialdemokratie und der Anarchismus in ihren internationalen Verzweigungen haben nichts mehr als das monarchisch starke deutsche Bollwerk zu fürchten; ist dieses zertrümmert, dann wird die ganze Weltordnung nicht mehr lange widerstehen können.

Seit einigen Jahren ist die Kriegsgefahr chronisch geworden, und allmählich hat man sich bei uns an die Gefahr, wenn auch nicht an ihre Verwirklichung, gewöhnt. Jetzt aber hat sich der Zündstoff von allen Seiten gehäuft, immer näher rücken die explodirenden Kräfte, und es läßt sich nicht mehr übersehen, ob es gelingen wird, auch das kommende Jahr in den Segnungen des — wenn auch bedrohten — Friedens zu verleben. Man wird ihn so lange sicher haben, als man uns fürchtet, und deshalb ist es geboten, daß wir stets in voller Rüstung Wacht halten, und daß wir enig zusammenstehen in der Bekämpfung der äußern und innern Feinde des Reiches. Diese Kraft und Stärke ist es, welche uns die größte Zuversicht gewährt gegenüber allen schweren Wechselfällen, die über uns hereinbrechen mögen.

Eine schwere Prüfung bedroht uns überdies in der Krankheit des deutschen Kronprinzen, dessen Schicksal selbst bei den uns feindlichen Völkern das tiefste Mitgefühl erregt. Die Frage, ob der Kronprinz Friedrich Wilhelm zur Regierung kommen und bis zu einem hohen Alter die Geschicke des Reiches und Preußens zu leiten berufen sein wird, ist von hoher politischer Bedeutung. Nächst dem Kaiser ist der Kronprinz am meisten mit der Einigkeit Deutschlands verbunden; er hat sie auf den Schlachtfeldern erringen helfen, und unter seiner Führung haben die siegreichen Söhne aus allen Volksstämmen den gemeinschaftlichen Erbfeind niedergeworfen. Eine reiche Lebenserfahrung würde seiner Regierung eine sichere Grundlage geben, von der jeder Teil der Nation für sich nur Gutes erhoffen kann. Mit bangem Herzen blicken wir in das neue Jahr, denn auf die Frage, ob das Leben des Kronprinzen uns lange erhalten werden kann, gibt es keine sichere Antwort.

Aber bei aller Sorge und allem Zweifel ist doch kein Grund zum Verzagen; noch treibt der Hohenzollernstamm reiche Zweige, und der jugendlich frische und pflichteifrige Prinz Wilhelm giebt die Gewähr, daß er ein echter Sohn seiner Ahnen ist und ein kräftiger und gerechter Herrscher für sein Volk sein wird. Angesichts unsrer äußern Lage gilt es freilich, mehr denn je im Innern fest und einig zusammenzustehen. Wer es gut mit dem Vaterlande meint, der muß von einer Verfolgung einseitiger Interessen absehen. Jeder muß auch die Resignation üben, von Zielen und Mitteln abzulassen, welche uns nicht verbinden, sondern trennen. Gegenüber den von der Sozialdemokratie bearbeiteten Volksmassen gilt es, das gesamte Bürgertum einig zusammenzuhalten, alle Kräfte zu sammeln und alle Mittel auf die Abwehr der den Umsturz drohenden Gewalten zu verwenden.

Jede Richtung, welche sich von diesem gemeinsamen Wege trennt, muß vermieden werden, und es ist die Aufgabe aller Parteien, sich solcher Teile zu entledigen, welche sich von den gemeinsamen Zielen losmachen. Es ist für unser Staatsleben ein großer Gewinn, daß der Kulturkampf beendet ist, und daß nicht mehr religiöse Fragen dazu benutzt werden können, Zwietracht in das Volk zu tragen. Die religiöse Gesinnung im Volke ist eine große Macht und eine feste Grundlage, aber sie muß aus sich selbst heraus wachsen und nicht durch äußere Mittel oder in zelotischer Weise gefördert werden. Gerade der Protestantismus widerstrebt am meisten einem solchen Einfluß, gerade er will die religiöse Überzeugung rein erhalten und nicht mit politischen und sozialen Fragen verquickt sehen. Man hüte sich daher vor solcher Verquickung und begnüge sich das Bündnis der Parteien zu erhalten, welche sich frei von allen religiösen Trennungen zusammengefunden haben, um auf den politischen und wirtschaftlichen Gebieten die gemeinsamen Gegner zu bekämpfen. Jede Partei hat bei diesem Zusammenwirken Opfer zu bringen, aber aus diesen Opfern kann ein Band erwachsen, welches das Reich kräftigt und in jedem das freundige Ge-

fühl der Zusammengehörigkeit erweckt. Dann wird auch das deutsche Reich keine Feinde zu fürchten und zu bestehen haben, und ein späterer Weihnachtsgruß wird ihm nach außen und innen Frieden bringen.



## Der Rheinbund.

Von R. Pape.



heinbund! Welch eine Flut trüber und beschämender Erinnerungen ruft der bloße Name in der Brust jedes patriotisch denkenden Deutschen wach! Von dem Reiche, das Jahrhunderte lang das mächtigste der Erde gewesen war, war amtlich nicht einmal der Name übrig geblieben. Was war aus der Nation geworden, die viele Menschenalter hindurch mit Stolz jenes Wort des Tacitus angeführt hatte: *Nullos mortalium armis aut fide ante Germanos esse?* Und mit berechtigtem Stolze; denn jenes Wort enthielt Wahrheit. Wo aber war damals deutsche Treue zu finden? Schmutzige Selbstsucht und schamlose Ländergier hatte jedes Gefühl für Treue und Redlichkeit überwuchert und erstickt. Was war aus dem trotzigem deutschen Mannesmute geworden? Bedientenhafte Kriecherei und Schmeichelei nach oben hin, gegen den Gewalthaber und seine Geschöpfe, Hochmut, Grobheit und Mißhandlung nach unten hin, gegen Schwächere, waren an die Stelle getreten. Die altdeutsche Waffentüchtigkeit war zwar noch nicht ausgestorben. Ihr hauptsächlich verdankte Napoleon einige seiner glänzendsten Siege. Aber im Dienste und Interesse eines fremden Despoten, im Kampfe gegen ihre Brüder und Landsleute, auf den dürren Hochebenen Kastiliens und auf den öden Schneefeldern Rußlands blutete und starb die waffenfähige Jugend Deutschlands wie vaterlandslose Soldknechte. Die Inschrift, die der Baiernkönig Ludwig I. auf das Denkmal der in Rußland umgekommenen 30 000 Baiern setzen ließ: „Auch sie starben für ihr Vaterland!“ ist leider nichts weniger als wahr. Aber wahr ist das bekannte Dichterwort: „Ganz Deutschland, ach! in Schmach und Schmerz!“

Bei dem Napoleonischen Rheinbunde war weder der Name noch die Sache neu. Im August des Jahres 1658 hatte schon einmal eine Anzahl deutscher Fürsten unter demselben Namen und mit einem ganz ähnlichen Charakter einen Bund mit Frankreich gebildet. Damals schlossen die drei rheinischen Kurfürsten, Mainz, Trier und Köln, Pfalz-Neuburg, Pfalz-Zweibrücken (Karl X. Gustav